

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 11.10.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

ab 16:42 Uhr.

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

ab 16:45 Uhr.

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Markus Eisele

Herr Alexander Groll

Herr Ralph Häcker

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Frau Ulrike Kleinrath

Herr Michael Schaumann

Abwesend:

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Karin Rauscher

Tagesordnung

=====

- 1** Festival Europäische Kirchenmusik
 - Abschlussbericht zum Festival 2023
 - Planansatz für das Festival 2025

- 2** Internationales Schattentheater Festival Schwäbisch Gmünd
 - Bericht über das 12. Festival 2021/2022
 - Planansatz für das 13. Festival 2024

- 3** 1. Feststellung des Jahresabschlusses 2022 des Eigenbetriebs Fernwärmeversorgung II Bettingen Nordwest // 2. Entlastung der Werkleitung 2022 // 3. Vortrag des Jahresgewinns 2022 auf neue Rechnung

- 4** Sportförderung 2023 - Förderung der Sanierung von Flutlichtanlagen / Umrüstung auf LED-Technik

- 5** Bekanntgaben

- 5.1** Flüchtlinge

- 5.2** Brief an Bundeskanzler Scholz

- 6** Anfragen

- 6.1** Demonstration

- 6.2** Technik großer Sitzungssaal

- 6.3** Fahrradstraße Klarenbergstraße

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung positioniert sich bezüglich des Israel-Krieges und führt aus, dass die Existenz Israel zum Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland gehöre.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass die Stadt viele jüdische Wurzeln habe. Er habe Kontakt nach Israel und habe ein Foto der Flagge gesendet, es sei eine sehr emotionale Antwort zurückgekommen. Es sei daher wichtig, Flagge zu zeigen.

Außerdem berichtet Erster Bürgermeister Baron von seiner Italien-Reise mit dem Bundespräsidenten. Man habe einen Preis für die Städtepartnerschaft mit Faenza erhalten. Er zeigt die Urkunde und erläutert, dass man 50.000 Euro Preisgeld erhalten habe.

zu 1 Festival Europäische Kirchenmusik
- Abschlussbericht zum Festival 2023
- Planansatz für das Festival 2025
Vorlage: 180/2023

Protokoll:

Herr Häcker erläutert den Sachverhalt und präsentiert einen Rückblick (siehe Anlage).

Stadtrat Baumhauer/CDU bedankt sich bei allen Mitwirkenden. Dass der vom Gemeinderat freigegebene Betrag in den letzten Jahren nie in Anspruch genommen worden sei, spreche für den Erfolg. Er spricht ein großes Lob aus. Es zeige, dass das Programm bei den Menschen ankomme. Ludwigsburg sei ein gutes Beispiel. Man werde zustimmen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Man werde dem Ansatz zustimmen. Es sei gut, dass sich auch junge Leute davon überzeugen lassen würden. Der Ausblick auf das nächste Jahr habe eine besondere Aktualität gewonnen. Er hoffe, dass man sich im nächsten Jahr nicht in der gleichen Stimmung befinde als in diesem Jahr. Der Titel „Freiheit“ sei ein politisches Statement bei diesem Festival. Er sei daher gespannt, was man in Schwäbisch Gmünd damit anfangen werde. Er freue sich darauf. Ein Festival, das auch nach Corona den Zuspruch habe wie zuvor und möglicherweise ausbaufähig sei, sei etwas Besonderes. Daher könne man auch stolz darauf sein.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass es schwerfalle, in eine normale Tagesordnung einzusteigen, wenn Regionen der Welt in barbarischem, kriegerischen Handeln versinken würden. Aber die Musik schaffe es, Menschen aus aller Welt zusammenzuführen, zu wunderbaren Erlebnissen. Hierfür sei man sehr dankbar. Dankbar sei man auch dem Team, das Ensembles aus allen Teilen der Welt nach Schwäbisch Gmünd

hole. Es sei eine herausragende Leistung. Man wisse das Engagement sehr zu schätzen. Es stimme nicht nur das Kulturelle, es würden auch die Qualität und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. äußert, dass man sich den Vorrednern anschließen könne. Er sei selbst bei einigen Konzerten zu Gast gewesen und könne von der großartigen Stimmung berichten. Man solle mehr jüngere Menschen anziehen.

Herr Häcker antwortet, dass man dran sei.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste findet es ebenfalls positiv, man werde zustimmen.

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 41
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Internationales Schattentheater Festival Schwäbisch Gmünd
- Bericht über das 12. Festival 2021/2022
- Planansatz für das 13. Festival 2024
Vorlage: 184/2023

Protokoll:

Herr Häcker erläutert den Sachverhalt.

Frau Meinhardt, die für das Schattentheater-Festival verantwortlich ist, stellt sich vor.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bedankt sich für die Zusammenfassung. Er begrüßt außerdem Frau Meinhardt in Schwäbisch Gmünd. Man freue sich auf das neue Festival. Man habe einen Schatz in Schwäbisch Gmünd, der über die Grenzen Schwäbisch Gmünds hinaus bekannt sei. Man müsse es unterstützen. Das Festival habe international eine Community entstehen lassen. Man müsse diese erhalten und fortführen. Man benötige Planungssicherheit. Es sei klar, dass man bei allem, was geleistet und aufgeboten werde, mitmachen und unterstützen werde. Die positive Botschaft von Landesseite aus sei auch eine Bestätigung, dass etwas Tolles entstehe. Er bedankt sich für den Einsatz. Die CDU-Fraktion werde zustimmen.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die hervorragende Arbeit. Sie wünscht Frau Meinhardt viel Erfolg bei der Aufgabe. Das Schattentheatermuseum sei ein Alleinstellungsmerkmal, es ziehe viele Fans von nah und fern an und motiviere Jung und Alt. Dass man mitmachen könne, sei sehr schön. Festival sei ein Highlight im Kulturprogramm von Schwäbisch Gmünd gewesen. Man freue sich auf das nächste Festival 2024 und stimme dem Antrag gerne zu.

Stadtrat Dr. Beck/SPD schließt sich den Vorrednern an. Es sei ein kostbares und einzigartiges Festival. Man werde zustimmen.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass das Schattentheaterfestival ein Aushängeschild sei. Es wirke sehr weit über die Stadt- und die Landesgrenze hinaus. Es tue der Stadt gut. Man werde es daher unterstützen. Man wünsche Frau Meinhardt für die tolle Aufgabe alles Gute. Zur Vorlage äußert er, dass dort von Experimentieren die Rede sei. Dies wolle er bekräftigen, da die Stadt viele historische Gebäude und Säle habe, in denen man in Richtung Schattentheater etwas machen könne. Auch eine Vorstellung im Taubentalwald sei denkbar. Wenn man experimentell arbeite, werte dies das Ganze nochmals auf und spreche nochmals einen anderen Kreis an. Er ermutige daher ausdrücklich hierzu.

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen bedankt sich für den Vortrag. Sie wünscht viel Erfolg bei der Fortsetzung.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste findet das Schattentheaterfestival eine tolle Sache. Es sei gut für die Kinder und gut für die Erwachsenen. Es gelte genau das gleiche wie für das europäische Kirchenmusikfestival. Man solle etwas Tolles machen im Rahmen der Rendezvous-Gartenschau. Es fehle ein Musikfestival. Dies könne man auch im Rahmen der Gartenschau einbinden.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man noch mehr machen könne. Am vergangenen Freitag sei das Event „Musik in Gmünder Kneipen“ gut besucht gewesen. Dies etwas größer gedacht im Sommer halte er für ein gutes Konzept. Hier müssten aber die Gastronomen mitmachen. In Bethlehem seien die Gastronomen und nicht die Verwaltung an der Spitze.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 41
nachrichtlich an Amt:

zu 3 **1. Feststellung des Jahresabschlusses 2022 des Eigenbetriebs Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest // 2. Entlastung der Werkleitung 2022 // 3. Vortrag des Jahresgewinns 2022 auf neue Rechnung
Vorlage: 182/2023**

Protokoll:

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Herr Bantel führt aus, dass man bei den Abwassergebühren in einem 5-Jahres-Zeitraum liege.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass der Einkaufspreis für das Gas im Jahr 2024 dazu führe, dass man 2025 einen Wärmepreis in astronomischer Höhe bezahlen müsse. Er erkundigt sich, ob man jetzt wisse, was man dann zahlen müsse.

Herr Ernst bejaht dies, da man sich eingedeckt habe. Weiter führt er aus, dass man maximal ein Fünftel der Obergrenze als Kassenkredit aufnehmen dürfe. Würde man 3 Mio. Euro aufnehmen, würde dies gegen das Grundprinzip verstoßen.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, ob sich die Zahlen der Visa-Kontrolle bewährt hätten oder ob man diese nach unten korrigieren müsse.

Herr Schaumann antwortet, dass man früher Beträge von 10.000 Euro sowie geringere Beträge bei Architektenleistungen hatte. Bei der letzten Bauprüfung habe die Gemeindeprüfungsanstalt empfohlen, diese zu erhöhen, um einzelne Prüfungen konzentrierter abwickeln zu können. Diesen Impuls habe man aufgegriffen.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, ob man die Beträge nach oben anpassen müsse.

Herr Schaumann antwortet, dass man gute Erfahrungen gemacht habe, man sei zufrieden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es keinen Handlungsbedarf gebe.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich, ob die Preise auch kommuniziert werden würden.

Herr Eisele antwortet, dass man Mitte November die neuen Wärmepreise mitteilen werde. Hier lege man außerdem ein Informationsblatt bei.

Herr Ernst führt aus, dass man vor Corona einen Beirat für Bettringen-Nordwest gegründet habe. Diesem habe man dies auch mitgeteilt. Es könne sein, dass man eine Veranstaltung organisieren werde. Man sei im Austausch.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass es in Bettringen eine große Resonanz bei der Infoveranstaltung gegeben habe. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Planungen.

Herr Ernst antwortet, dass dieser Punkt ein Thema in der morgigen Sitzung im Strategiegespräch des Aufsichtsrates der Stadtwerke sein werde. Man wolle es auf jeden Fall umsetzen, egal wie es weitergehe. Beim Gügling sei es hochattraktiv, die überschüssige Wärme einzusammeln. Zum aktuellen Stand äußert er, dass man die Ist-Kosten ermitteln müsse. Wenn alles klappe und die Mittel freigegeben werden würden, könne man im Sommer nächsten Jahres mit dem Bau beginnen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass noch offen sei, wo diese Mittel herkommen sollen. Er weist außerdem auf die Einladung zum Spatenstich für den Elektrolyseur Lhyfe hin, der am 12.10.2023 um 09:30 Uhr stattfinden werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke
nachrichtlich an Amt: 20

zu 4 Sportförderung 2023 - Förderung der Sanierung von Flutlichtanlagen / Umrüstung auf LED-Technik
Vorlage: 183/2023

Protokoll:

Herr Arnholdt erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Schneider/CDU bedankt sich für den Bericht. Die Sanierung der Freisportanlagen sei nötig und wichtig. Die Bezuschussung von 30 Prozent sei für die Vereine eine große Hilfe, diese finde er im Rahmen der Sporthilfe sehr wichtig. Die Stromeinsparung und der Klimaschutz sei ebenfalls positiv. Er signalisiert Zustimmung.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen signalisiert ebenfalls Zustimmung. Es seien urgrüne Ideen, da es um Klimaschutz, Insektenschutz etc. gehe. Es sei eine tolle Sache, dass die Stadt dies bezuschusse.

Herr Arnholdt führt aus, dass man den Teil, der nicht über Drittmittel finanziert werden könne, fördere. Da die Stadt den Strom bezahle, werde sie selbst ebenfalls davon profitieren. Man mache eine jährliche Prüfung.

Stadtrat Dr. Beck/SPD signalisiert Zustimmung.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich, ob ein unterjähriger Beginn förderschädlich sei.

Herr Arnholdt antwortet, dass dies förderschädlich wäre.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Stadt Schwäbisch Gmünd fördert die Umrüstung von vereinseigenen Flutlichtanlagen der Gmünder Sportvereine im Rahmen der Sportförderung mit einem Regelfördersatz von 30%.
2. Der 1. FC Germania Bargau 1927 e. V. und der Sportverein Hussenhofen 1925 e.V. erhalten einen Zuschuss zur Umrüstung in Höhe von insgesamt 26.418,00 €.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 5 **Bekanntgaben**

zu 5.1 **Flüchtlinge**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass man in den vergangenen zwei Tagen einen deutlichen Anstieg an ukrainischen Flüchtlingen verzeichnet habe. Er erläutert die aktuelle Statistik (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man es geschafft habe, dass man die ukrainischen Flüchtlinge dezentral untergebracht hätte. Dies sei eine große Leistung und keine Selbstverständlichkeit. Man stoße hier aber auch an die Grenzen. Irgendwann sei der Rahmen ausgeschöpft. Man habe 33,6 Prozent der Flüchtlinge im gesamten Ostalbkreis aufgenommen. Stelle man dies mit den Zahlen anderer Gemeinden gegenüber, so sehe man, dass es hier einen Nachholbedarf gebe. Es sei nicht so, dass man im Wettstreit liege. Aber es stelle sich die Frage, wie man sinnvoll integrieren solle, wenn alle nach Schwäbisch Gmünd geschickt werden würden, nur, weil es hier klappe. Das Ausländeramt leiste hervorragende Arbeit, man habe sich sehr gut organisiert. Man habe neben den Ukrainern auch andere Flüchtlinge. Man komme an die Grenzen, was Akzeptanz durch die Bevölkerung betreffe, sowieso. Man nehme nun keine neuen Flüchtlinge mehr auf. Man habe die Pflicht mehr als erfüllt. Er wolle dies hervorheben und dafür werben, dass man die Arbeit, die man gut erledigt habe, weiterhin gut ausführen wolle. Dazu brauche es eine klare Linie.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Ausführungen. Die Flüchtlingsdebatte wolle er nicht weiter mit einem Sachbeitrag befeuern. Vor einem Jahr habe man sich schon einmal darüber unterhalten. In Schwäbisch Gmünd würden die Menschen gut integriert. Man sei sich einig gewesen, mittlerweile falle es einem auf die Füße. Da man im Landkreis künftig eine andere Situation als im Moment haben werde, sei es höchste Zeit, dass sich andere Gemeinden aufmachen und dem Beispiel folgen würden, das es gut vormache. Er glaube, dass Schwäbisch Gmünd Geflüchtete und Integration könne. Hier müsse sich Schwäbisch Gmünd nicht verstecken. Er würde sich wünschen, wenn man dies auch weiterhin an die Kreisräte herantrage, dass man mehr tun müsse, als humanitär und von der Gesetzeslage her notwendig sei.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich bei Stadtrat Baum für dessen Ausführungen. Es sei gemeinsames Ziel, dass man die offene, humane aber auch stabile Stadtgemeinschaft weiter pflege. Damit das gelinge, müsse er darauf hinweisen, dass man sich auf die Flüchtlinge konzentriere, die man habe, da andere noch Nachholbedarf hätten. Nur dann gelinge eine offene Stadtgemeinschaft. In Zukunft werde es schwieriger, wenn das LEA-Privileg Ende 2025 wegfalle. Für Schwäbisch Gmünd hätte dies zunächst keine Auswirkungen, da man die Quote erfüllt hätte.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. erkundigt sich, wie viele Flüchtlinge man insgesamt habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er dies auswendig nicht sagen könne.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass er stolz darauf sei, dass Schwäbisch Gmünd es hinbekommen habe, dass es die Bürger hinbekommen hätten, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Ukrainer seien hierfür auch dankbar. Er wisse nicht wie, aber man müsse den Menschen klarmachen, dass man selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen müsse, wenn man Arbeit annehmen könne.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man mit Appellen nicht weiterkomme, es bedürfe übergeordneter Entscheidungen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich, ob es immer noch der aktuelle Stand sei, dass etwa 50 Prozent der geflüchteten Ukrainer bleiben wollen würden und 50 Prozent wieder zurückgehen würden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man es nicht mehr aktuell erhoben habe, aber die Grundaussage stimme noch, ohne zu wissen, wie es sei, wenn der Krieg vorbei wäre. Die Zahl derjenigen, die sich für einen Deutschkurs anmelden würden, sei sehr hoch. Die Prüfungen würden absolviert werden, die Motivation, Deutsch zu lernen, sei sehr hoch. Es hätten sich seit Beginn des Krieges bestimmte Dinge verändert. Es gebe viele tolle Erfahrungen, aber man stoße an Grenzen, manche Dinge seien verstörend. Auf diese Dinge müsse man schnellstmöglich reagieren.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass es zunehmend straffällige Jugendliche gebe und es gebe keine Folgen. Man versuche, Lösungen zu finden. Aber die Geduld der Menschen sei begrenzt. Es gehe einher mit Vertrauens- und Kontrollverlust des Staates und dies äußere sich im Wahlverhalten und dergleichen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass die Berichte zum Tafelladen mehr Öl ins Feuer gegossen als zur Aufklärung beigetragen hätten. Man solle in den sozialen Medien darstellen, wie man eine Bonuskarte bekomme. Hier würden sehr viele Halbwahrheiten und Fake News kursieren. Im Artikel würde stehen, dass schon länger bedürftige nicht mehr zum Einkaufen kommen würden wegen den Ukrainern. Sie erkundigt sich, was zu einer Bonuskarte berechtige.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies nicht das Problem sei. Wenn man hingehe und nichts mehr da sei, helfe die Bonuskarte nichts. Jeder ukrainische Flüchtling sei berechtigt. Viele Menschen seien frustriert, hätten zwei Jobs und würden Steuern zahlen und würden nicht nachvollziehen können, warum die Steuergelder nicht vor Ort ausgegeben werden würden. Es sei daher sehr wichtig, es differenziert

zu betrachten.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass Oberbürgermeister Arnold viele Dinge gesagt habe, die er unterstreichen könne. Es sei gut, dass Oberbürgermeister Arnold betone, dass Schwäbisch Gmünd eine offene Stadt sei und bleiben werde und dass man sich nicht auf Stimmungsmache einlasse und diese befeue. Zur Verteilung der Flüchtlinge im Ostalbkreis führt er aus, dass es legitim sei, wenn man auf die Zahlen hinweise und an die anderen Teile des Ostalbkreises eine Aufforderung formuliere. Für die Bildungsinstitutionen sei es eine sehr große Herausforderung. Man könne nicht auf das Land warten.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass die Anreize nicht mehr stimmen würden. Die Sprachkurse, die gemacht werden müssten bis B2, halte er nicht für sinnvoll. Die Menschen seien dann in einer Maschine drin. Sprachkenntnisse könnten jedoch auch durch die Integration in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Es richte sich nicht gegen die Menschen, aber die Menschen würden in ihrem Verhalten eine Antwort auf den gesetzten Rahmen geben.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass sie Integrationskurse gebe. Sie sei der Auffassung, dass die Menschen zunächst die Sprache lernen müssten, dies sei nicht ganz einfach. Man müsse beachten, dass man für den Integrationskurs ein dreiviertel Jahr benötige.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er einen syrischen Familienvater getroffen habe, der zwei behinderte und zwei weitere Kinder habe. Er habe ihm erzählt, dass er es nicht mehr aushalte und arbeiten wolle. Er habe das Gefühl, dass er beim Arbeiten besser Deutsch lerne als in einem Sprachkurs. Vielleicht brauche man auch beides. Er weist darauf hin, dass er von verschiedenen Fernsehteams interviewt worden sei und noch interviewt werde zu diesem Thema. Man brauche dringend den Dialog.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 50

zu 5.2 **Brief an Bundeskanzler Scholz**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold weist auf den Brief an Bundeskanzler Scholz zum Thema Bürokratie hin, den er gemeinsam mit Oberbürgermeister Klopfer und Oberbürgermeister Palmer verfasst habe.

zu 6 Anfragen**zu 6.1 Demonstration****Protokoll:**

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob eine Demonstration bezüglich des Israel-Krieges angemeldet sei.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass es bisher keine angemeldeten Demonstrationen gebe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 6.2 Technik großer Sitzungssaal**Protokoll:**

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich, was an der Technik im großen Sitzungssaal verbessert worden sei, er könne keine Verbesserung erkennen.

Frau Bihlmaier antwortet, dass die Steuerungstechnik erneuert worden sei.

zu 6.3 Fahrradstraße Klarenbergstraße**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/s.ö.l. weist auf den Antrag der Fraktion zur Fahrradstraße Klarenbergstraße hin.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man sich zunächst mit der Bevölkerung treffen müsse.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich, ob man die Anschlüsse bereits beauftragt habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er sich bei Herrn Stemke erkundigen müsse.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 66, 30

nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: